

Region

«Aus Sicht der Romands reicht es nicht, immer

Cédric Némitz Nach acht Jahren in der Bieler Stadtregierung hat Cédric Némitz (PSR) genug: Er tritt von der politischen Bühne ab. Im Startschwierigkeiten mit den Bieler Kulturschaffenden. Und der studierte Theologe sagt, wieso er ganz froh ist, die letzte Wahl, zu

Interview: Lino Schaeren

Cédric Némitz, wir treffen uns für dieses Gespräch in den Räumen Ihrer Direktion im 15. Stock des Kongresshauses mit Blick über die ganze Stadt. Von hier aus haben Sie acht Jahre lang die grösste städtische Direktion mit rund 1000 Mitarbeitenden geführt ...

Cédric Némitz: ... rund 1000 Mitarbeitende, wenn man die Lehrpersonen nicht zählt. Etwas mehr als 900 Lehrerinnen und Lehrer kommen noch dazu.

Also sprechen wir von 2000 Personen. Haben Sie da auch einmal den Überblick verloren?

Ich habe sehr gute Abteilungsleitende, die mich immer auf dem Laufenden gehalten haben. Ich glaube deshalb nicht, dass ich je den Überblick verloren habe. Es

«Einige haben die Diskussion um die einsprachigen Autobahnschilder belächelt.»

gab natürlich Dienste, von denen ich in all den Jahren kaum je etwas gehört habe. Das war aber ein gutes Zeichen, bei mir auf dem Tisch landeten schliesslich meistens die schwierigen Fälle. Ich war über alles informiert, aber natürlich nicht überall involviert.

Sie hatten also den Durchblick. Hat sich Ihr Blick auf die Stadt Biel in den letzten acht Jahren verändert?

Als ich mein Amt angetreten habe, habe ich jede Schule besucht. Was ich zu hören bekam, war nicht aufmunternd. Die Verantwortlichen waren deprimiert und pessimistisch. Sie hatten das Gefühl, dass die Stadt zu wenig oder gar nichts in die Schulen investiert. Zum Abschied habe ich erneut alle Schuleinheiten besucht. Und die Stimmung hat sich komplett verändert. Ich war zum Beispiel im Geisried. Die Schule wurde über 50 Jahre nicht renoviert. Wir haben diese Anlage, wie viele andere auch, während meiner Amtszeit saniert. Und jetzt erzählen mir die Lehrerinnen und Lehrer, wie gerne sie hier arbeiten. So etwas habe ich acht Jahre zuvor kaum gehört. Also ja: Dank intensiver Arbeit in einzelnen Bereichen hat sich mein Blick auf die Stadt geschärft – und dadurch auch verändert.

Wie sehen Sie Biel heute?

Biel bleibt eine Stadt des Unerwarteten. Eine Stadt der Kreativität, der Offenheit. Und des Mutes, auch einmal etwas Verrücktes zu wagen. Das habe ich in vollen Zügen erlebt. Die Robert-Walser-Sculpture und die Gurzelen-Zwischennutzung sind zwei Beispiele dafür. Meine

Amtszeit begonnen hatte ich 2013 mit dem Nacktfestival. Das war verrückt, aber auch spannend. Und dann ist da die Zweisprachigkeit. Ich habe sie in den letzten Jahren intensiv erfahren, in der Verwaltung, im Gemeinderat, in der Kultur, an den Schulen. Und ich muss sagen: So einfach, wie sich das viele vorstellen, ist das mit der Zweisprachigkeit nicht.

Haben auch Sie sich das Zusammengehen der beiden Amtssprachen zu einfach vorgestellt?

Vielleicht. Das Gleichgewicht zwischen den beiden Sprachen bleibt auch zum Ende meiner Amtszeit unbefriedigend. Zum Beispiel im Stadtrat: Die Debatte findet auf Deutsch statt. Punkt. Französischsprachige Ratsmitglieder sind viel seltener am Rednerpult und deshalb eher Randerscheinungen.

Die Romands waren im Parlament gemessen am Bevölkerungsanteil in dieser Legislatur ja auch krass untervertreten. Das wird sich nach den Wahlen vom September im neuen Jahr ändern.

Wir werden sehen, ob sich das in der Debatte widerspiegelt. Die bessere Vertretung ist aber eine gute Nachricht. Die Zweisprachigkeit ist und bleibt eine grosse Chance für Biel, man sollte sie aber als alles andere als selbstverständlich betrachten.

Wo stehen wir denn in Sachen Zweisprachigkeit?

Wir könnten noch viel mehr machen. Zum Beispiel in den Schulen. Der nächste wichtige Schritt ist sicher, dass die Romands nicht mehr wie eine Minderheit behandelt werden.

Sie sind jauch keine eigentliche Minderheit mehr, ihr Anteil an der Bevölkerung beträgt rund 43 Prozent.

Viele Romands fühlen sich aber nach wie vor einer Minderheit zugehörig. Das provoziert Gefühle und Reaktionen, und bei Weitem nicht immer nur gute. Und das auch zu Recht: In unserer Stadt gibt es etwa auf Kaderstufe immer noch viel zu wenige französischsprachige Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger. Das verstärkt das Gefühl, sich als Teil einer Minderheit verteidigen zu müssen.

Sie traten in den letzten acht Jahren stets als Verfechter der Zweisprachigkeit auf, teils auch sehr plakativ. Sie haben zum Beispiel die Feier zur Eröffnung des A5-Ostasts boykottiert, weil die Autobahnschilder von Bund und Kanton nur in Deutsch beschriftet wurden.

Ich wollte damit ein Zeichen setzen. Einige haben die Diskussion um die einsprachigen Autobahnschilder belächelt. Ich war aber froh, dass sich auch viele deutschsprachige Bielerinnen und Bieler für die zweisprachige Beschriftung eingesetzt haben. Und dass wir zum Schluss recht bekommen haben. In Biel sind alle Strassen, Plätze und öffentlichen Gebäude in beiden Amtssprachen angeschrieben. Das steht für die Gleichberechtigung der beiden Sprachkulturen. Aus Sicht der Romands reicht es nicht, immer nur zu jammern.



In der Bieler Zwinglikirche war Cédric Némitz Pfarrer, ehe er sich um politische Ämter bewarb. Um ein Haar wäre er dieses Jahr beruflich zur

Wir müssen hinstehen und starke Partner sein für diese Stadt. Das habe ich versucht, vorzuleben. Und die Deutschschweizer müssen die Mehrheitsattitüde, die manchmal immer noch vorherrscht, ablegen. Der Schutz der Minderheit war über viele Jahre wichtig und richtig. Jetzt müssen wir aber den nächsten Schritt machen hin zu gleichwertigen Partnern.

Sie haben versucht, die Zweisprachigkeit bereits in der Schule zu fördern. Das Projekt Filière Bilingue war Ihnen ein grosses Anliegen. Nächstes Jahr läuft die zehnjährige Pilotphase für die zweisprachige Schule aus. Ihr Fazit?

Ein super Projekt. Nicht einfach, weder für die Lehrpersonen noch für die Kinder. Der ganz grosse Schritt war, dass wir die beiden Lehrpläne zu einem neuen fusionieren konnten, das ist historisch. Wir sind bescheiden geblieben, haben das Projekt nicht voreilig ausgeweitet, sondern warten auf die vertiefte Evaluation. Natürlich gibt es Schwächen. Aber die Filière Bilingue ist eine grosse Chance und in Zukunft sollen noch mehr Kinder davon profitieren können.

Sie sind aber den Beweis schuldig geblieben, dass die Filière

Bilingue auch in Stadtteilen, in denen der Anteil fremdsprachiger Kinder bei weit über 80 Prozent liegt, funktionieren kann. Dabei war das eine der Grundvoraussetzungen bei der Lancierung des Projekts. So bleibt die Filière Bilingue mit je einem Drittel deutsch-, französisch- und fremdsprachiger Kinder ein Experiment im geschützten Rahmen.

Wir hatten nicht die Ressourcen, weder die finanziellen noch die personellen, um weitere Standorte zu eröffnen. Ich war zu optimistisch. Aber man muss auch sehen: So unterschiedlich, wie das oft dargestellt wurde, ist die Bevölkerungsstruktur in den verschiedenen Quartieren nicht mehr. Der Anteil der fremdsprachigen Kinder hat überall zugenommen. Die Filière Bilingue ist nicht gedacht für vermeintlich gute Quartiere. Sie muss als normale Schule funktionieren können. Ich glaube, dass die Evaluation zeigen wird, dass das möglich ist.

Sie haben die deprimierte Stimmung in den Bieler Schulen erwähnt, die Sie vor acht Jahren vorgefunden haben. Seither wurde viel in die Infrastruktur investiert. Wo stehen die Bieler Schulen heute?

Es ist nicht so, dass vor meiner

Zeit im Gemeinderat nichts gemacht worden wäre. Aber der Gemeinderat hatte 2016 den Mut, die jährlichen Investitionen auf 40 Millionen Franken zu verdoppeln und damit die Sanierung und die Erweiterung des Schulraums zu forcieren. Die Investitionen in die Bildung werden breit getragen, von der Politik, aber auch von der Bevölkerung. Wenn ein Schulprojekt in den letzten Jahren vor dem Volk einmal weniger als 80 Prozent Ja-Stimmenanteil geholt hat, war das die Ausnahme. Die Bieler Schulen sind heute gut und sie sind glaubwürdig. Zuletzt konnte die Stadt mit der Bewilligung von 15 Millionen Franken für die Schulinformatik einen weiteren wichtigen Schritt tun. Das ist eine Rieseninvestition, auf die andere Städte durchaus neidisch blicken.

Die Rieseninvestition wurde nur nötig, weil Biel die Digitalisierung an den Schulen jahrelang verschlafen hat, während andere Städte da bereits viel weiter waren. Die Aufrüstung wurde mit der Einführung des Lehrplans 21, der digitale Instrumente voraussetzt, dringend nötig. Schliesslich geht es um Chancengleichheit.

Das ist so. Trotzdem ist das beschlossene Investitionsvolumen enorm hoch. Damit sind wir, was

«Biel soll nicht mehr als arme, verlorene Stadt angesehen werden.»

die Schulinformatik betrifft, jetzt vorne mit dabei und damit auch durchaus weiter als andere grosse Schweizer Städte.

Sie hatten die Chancengleichheit einst als einen Ihrer grossen Kämpfe bezeichnet.

Ja, ich habe in Biel immer für Chancengleichheit gekämpft. Biel soll nicht mehr als arme, verlorene Stadt angesehen werden. Dieses Bild einer Stadt, die immer mit Schwierigkeiten kämpft, schlecht organisiert ist, ungenü-

nur zu jammern»

Gespräch blickt er zurück auf seinen unermüdlichen Kampf für die Gleichberechtigung der Romands und auf seine der er sich stellte, diesen Sommer verloren zu haben.



Kirche zurückgekehrt, verlor aber die Stichwahl um das Synodalratspräsidium. PETER SAMUEL JAGGI/VA

gende Infrastrukturen und grosse soziale Probleme hat, stört mich enorm. Biel ist schliesslich gut aufgestellt. Wir haben inzwischen bessere Infrastrukturen. Die Bevölkerung ist bunt, gemischt, vielseitig, kreativ, lebendig. Als Gemeinderat habe ich gelernt, dass auch die Behörden die Stimmung beeinflussen können. Wir haben investiert, motiviert und das Bild einer Stadt gefördert, die sich entwickelt.

Sprechen wir über Ihre Beziehung zur Bieler Kultur. Mein Eindruck ist: Erst in Ihrer zweiten Amtsperiode hat die Zusammenarbeit zwischen Ihrer Direktion und den Kulturschaffenden begonnen, richtig zu funktionieren. Zuvor war reichlich Sand im Getriebe. Woran lag das?

Der Eindruck täuscht nicht. Wir haben uns zu lange auf die institutionelle Kultur konzentriert. Das war teilweise auch nötig, zum Beispiel, als wir in der grossen Finanzdebatte 2015 Institutionen wie das Theater Orchester Biel Solothurn (Tobs) verteidigen mussten. Das hat viel Energie gekostet und die Jahre zogen ins Land. 2018 hat dann Michel Vust die Leitung der Dienststelle Kultur übernommen. Er hat neue Ideen und

Energie eingebracht. Und wir haben endlich einen besseren Ausgleich zwischen der institutionellen Kultur und der freien Szene geschaffen.

Sie waren doch selber schuld daran, dass Sie die grossen Institutionen verteidigen mussten. Schliesslich war es 2015 Ihr eigener Sparantrag, der das Tobs beinahe in die Krise gestürzt hat. Als sich im Parlament tatsächlich eine Mehrheit für den Antrag abzeichnete, haben Sie ihn aber flugs wieder zurückgezogen. Ich musste für die Haushaltssanierung im Gemeinderat Sparvorschläge von zwei Millionen Franken auf den Tisch legen. Da musste man nicht lange überlegen, um zum Schluss zu kommen, dass solche Einsparungen nur bei den Grossen möglich sind. Dass letztlich beantragt wurde, das Theaterorchester zu streichen, war der Vorschlag des Gesamtgemeinderats. Welche Position ich dabei in der Beratung vertreten habe, bleibt intern. Es war aber richtig, grundsätzliche Überlegungen anzustellen, was wir überhaupt noch wollen und brauchen. Die Bevölkerung hat sich dann richtigerweise für die Kulturinstitutionen mobilisiert und Druck aufgesetzt. Dass ich

zwischenzeitlich als Kulturzerstörer hingestellt wurde, fand ich komisch. Ich liebe schliesslich die Kultur, war bereits mit 16 in der Oper.

Kritisiert wurden Sie weniger als Kulturzerstörer, sondern viel mehr für das taktische Manöver, Subventionskürzungen zu verhindern, indem Sie Ihren eigenen Sparantrag wieder zurückgezogen haben. Wissen Sie, da ist viel im Hintergrund abgelaufen. So einfach, wie es in der Öffentlichkeit dargestellt wurde, war das alles nicht. Aber ich möchte das nicht mehr vertiefen. Das ist Vergangenheit.

Sprechen wir also über Ihr Verhältnis zu den Kulturschaffenden. Das war offenbar nicht immer gut. Ihnen wurde auch mal mangelhafte Gesprächskultur vorgeworfen.

Ich war mit vielen Gesprächen in mein Amt als Kulturdirektor gestartet, habe Runde Tische einberufen. Dann kam die Spardebatte, die alles erschwert hat. Doch die Tür blieb immer für alle, die mit mir reden wollten, offen. Allgemein kann ich sagen, dass die Kultur das wahrscheinlich noch sensiblere Gebiet als die Schulen war. Alle Kulturschaffenden denken, dass ihr

Schaffen absolut Priorität hat, und vertreten dies mit entsprechend grosser Überzeugung. Und das zu Recht! Meine Rolle als Kulturdirektor war es aber, Anträge auf Unterstützung wenn nötig abzulehnen oder anzupassen. Das führt verständlicherweise zu Frustration. Es gab eine Zeit, in welcher der Frust leider dominiert hat. Aber das ist heute nicht mehr so. Das Kulturbudget wächst, die Stadt hat die Subventionen für die lokalen Institutionen verdoppeln können.

Bei der Kritik ging es aber nicht nur um Geld. Ihnen wurde etwa nachgesagt, ein Machtmensch zu sein.

Darüber habe ich viel nachgedacht. Ich glaube nicht, dass ich ein Machtmensch bin. Sonst würde ich noch vier oder sogar acht Jahre im Gemeinderat weitermachen. Aber ich vertrete meine Überzeugungen. Es gab Leute, die kamen in der Erwartung zu mir ins Büro, dass ich ihr Vorhaben einfach so absegnen. Ich trage aber die Verantwortung und es kam wie gesagt auch vor, dass ich Nein gesagt oder Änderungen verlangt habe. Das ist nicht nur gut angekommen. Für mich bedeutet Macht, Verantwortung zu tragen. Für das Gemeinwesen zu arbeiten und nicht für einzelne privilegierte Interessen. Das hat einige gestört.

Sie haben einleitend gesagt, dass es für gewisse kulturelle Projekte auch einmal Mut brauchte. Die Robert-Walser-Sculpture gehörte wohl dazu. Wie war das für Sie, ein solches Vorhaben vermutlich gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung mit zu organisieren?

Sie glauben, das war gegen den Willen der Bevölkerung?

Ich hatte nicht den Eindruck, dass sich einer Mehrheit der Bevölkerung der Sinn dieser Installation aus Paletten auf dem Bahnhofplatz erschlossen hat.

Die grosse Frage ist ja, was Kunst überhaupt ist und darf. Insbesondere Kunst im öffentlichen Raum. Das ist genau die Debatte, die Thomas Hirschhorn anstossen wollte. Als er zum ersten Mal bei mir war und gesagt hat, dass für sein Vorhaben ausschliesslich der Bahnhofplatz infrage komme, habe ich ihm gesagt, dass das total verrückt sei. Ich dachte im ersten Moment, dass wir das nie hinkriegen. Hirschhorn hat mir daraufhin erklärt, wieso seine Skulptur nur an diesem Ort funktionieren würde. Dass wir dem zugestimmt haben, brauchte Mut, aber noch viel mehr Vertrauen. Und das hat sich Thomas Hirschhorn erarbeitet und verdient. Die Skulptur war eine riesige, gute Reise. Sie hat gezeigt, dass es sich manchmal lohnt, im öffentlichen Raum zu stören. Auch die Leute, die kein Verständnis hatten für die Paletten auf dem Bahnhofplatz, waren Teil der Debatte. Es gab noch nie so viele Leute in Biel, die sich mit Robert Walser und seinen Werken beschäftigt haben. Sei es aus Freude oder aus Ärger. Hirschhorn wollte, dass sich die Leute mit Walser auseinandersetzen. Und das hat er erreicht.

Was war eigentlich Ihr grösster politischer Erfolg?

Wahrscheinlich das Theater Nebbia. Kaum jemand wollte das am Anfang. Jetzt haben wir statt einem mittelmässigen Kino einen hervorragenden Theatersaal. Darauf bin ich besonders stolz. Und es ist nicht so, wie es teilweise hiess, dass wir dieses Theater nur für die Romands gebaut haben. Es ist ein Projekt für die gesamte Kultur, für die gesamte Bevölkerung.

Ihnen wurde als Romand vorgeworfen, nur für die Romands zu arbeiten?

Das kam vor, zum Beispiel in der deutschsprachigen Presse, und der Vorwurf ist wirklich dumm. Ich habe immer auf einen guten Ausgleich zwischen den Sprachen gepocht. In der Kultur, aber auch in den Schulen. Es gab bei mir nie Privilegien für eine der beiden Sprachen. Das kann und darf nicht sein.

«Mit meiner Kandidatur für den Nationalrat wollte ich meine Möglichkeiten prüfen.»

Blicken wir in die Zukunft. Sie machen ein Jahr Pause. Und dann?

Ich erlaube mir, das nicht zu wissen. Ich habe jetzt die Chance, ein Jahr lang keine Verpflichtungen zu haben. Was ich danach machen werde, ist völlig offen.

Eigentlich handelt es sich ja um eine Art Zwangspause. Sie haben bereits 2019 mit Ihrer Kandidatur für den Nationalrat klar gemacht, dass Sie eine neue Herausforderung suchen, wurden aber nicht gewählt. Dann haben Sie für das Amt des Synodalratspräsidenten kandidiert, unterlagen aber in der Kampfwahl gegen Judith Pörksen Roder.

Trotzdem sehe ich das nicht als Zwangspause. Im Gegenteil. Ja, mit der Kandidatur für den Nationalrat wollte ich meine Möglichkeiten prüfen. Es war ein Test, der mir aufgezeigt hat, dass dies ein steiniger Weg werden würde. Einer, der sich für mich nicht lohnt. Ich habe nicht das Profil, das heute gesucht ist bei Wahlen.

Zur Person

• Cédric Némitz wurde am 13. Dezember 1967 in Biel geboren. Aufgewachsen in Malleray im Berner Jura, kehrte er 1984 ans französische Gymnasium in seine Geburtsstadt zurück.
• Némitz hat an der Universität Neuenburg sowie an der Kirchlichen Hochschule und der Humboldt Universität in Berlin Theologie studiert und machte danach ein pastorales Praktikum in Biel. 1994 übernahm er das

Und das Kirchenpräsidium?

Viele Leute kamen auf mich zu und fragten mich, ob ich nicht kandidieren möchte, da ich alle Kompetenzen mitbringen würde. Ich war mir unsicher und habe dann dennoch zugesagt. Im Sommer vor der Wahl hatte ich dann Zweifel, ob ich die Verantwortung ähnlich wie im Gemeinderat an der Spitze der Kirche mit einem Parlament und so weiter wirklich wahrnehmen möchte. Zudem wuchs der Wunsch in mir, eine Pause zu machen. Dass ich nicht gewählt wurde, war deshalb wirklich eine Erleichterung für mich.

Dafür, dass Sie das Amt eigentlich gar nicht wollten, haben Sie nach der verlorenen Wahl einen sehr zerknirschten Eindruck gemacht.

Zu verlieren, ist immer unangenehm. Aber mit Blick in die Zukunft war ich froh. Ich liebe meine Kirche, hatte aber Zweifel, ob ich die richtige Person für das Präsidium bin. Das Kirchenparlament sah das letztlich auch so, wenn wahrscheinlich auch aus anderen Gründen. Mir war klar, dass es für mich als Homosexueller und Romand in dieser Stichwahl schwierig werden würde. Und es hat sich gezeigt, dass die Kirche trotz allem noch nicht bereit dafür ist. Jetzt kommt etwas Neues für mich und ich bin gespannt, wie ich darauf reagieren werde, plötzlich nichts mehr tun zu müssen. Ich freue mich darauf, habe aber auch ein wenig Angst davor.

Gegenüber dem «Journal du Jura» haben Sie gesagt, dass Sie sich nie mehr zu einer Wahl für ein politisches Amt stellen werden.

Stimmt. Wobei, man ja niemals nie sagen darf im Leben. In meiner Zeit als Pfarrer habe ich viele Hochzeiten vorbereitet. Dabei habe ich immer gesagt, dass in den Versprechungen, die sich die Brautleute in der Kirche geben, zwei Wörter total verboten sind: «Nie» und «immer». «Ich werde dich immer lieben» oder «ich werde dich nie verlassen»; so etwas kann man doch nicht versprechen (lacht).

Apropos Kirche: Wie feiern Sie als Pfarrer im Coronajahr Weihnachten?

Ich bin froh, dass meine Kirchgemeinde in Biel Gottesdienste durchführt. Sie hätte das im Frühjahr auch an Pfingsten gedurft, tat es aber nicht. Ich besuche nicht jeden Sonntag den Gottesdienst. Aber die grossen christlichen Feiern sind mir ganz wichtig. Ich werde im engen Kreis zuhause feiern und dann in die Kirche gehen.